

# Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig  
Der Zeitungsbekannteren und in allen Städten erhältlich

Tageszeitung der KPD. / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Ostschlesien  
Beitragen: Der Rote Stern, Die Kommunistin, Der kommunistische Gewerkschafter, Der kommunistische Genossenschaftler, Wirtschaftliche Rundschau, Kunst und Wissen

Bezugspreis für den Monat drei Mark 20 Pf. (halbjährlich 12 RM.); durch die Post bezogen monatlich 2 RM. (ohne Zustellungsgebühr) / Verlag: Arbeiterstimme, Dresden-L. / Geschäftsstelle und Expedition: Arbeiterstimme, 2 / Fernsprech-Sammelnummer 14191 / Postfach Dresden Nr. 13553, Emil Schlegel-Schiffbauweg, Dresden-L. / Druckerei: Druckerei 'Die Arbeiterstimme', Dresden-L. / Druckmaschinen: 'Die Arbeiterstimme', Dresden-L. / Speicherkosten der Redaktion: Wochentags 4-6 Uhr (außer Dienstag u. Donnerstag)

2. Jahrgang Donnerstag, den 26. August 1926 Nummer 187

## Der sächsische Bürgerblock

### Von Weikhe bis Ehrhardt Die sächsischen Arbeiter kämpfen für ein rotes Sachsen

Wie wir schon vor einiger Zeit mitgeteilt haben, organisierten die sächsischen Arbeiterparteien einen gemeinsamen Kampf gegen die Arbeiterfeindschaft. Die öffentliche Initiative zu einer Kampfbewegung bei den Landtagswahlen ging von den sogenannten 'Bürgerblöcken' aus. Diese forderten, daß die Parteien der Bourgeoisie sich zusammenschließen, jedoch verweigerten sie diese die allgemeine Erklärung, daß auf keinen Fall eine Regierungskoalition mit den sozialdemokratischen Parteien eingegangen werden sollte. Die Deutsche Volkspartei hat damit diese unbedingte Bindung abgelehnt. Die Volkspartei tritt nicht auf die Kraft des Bürgertums, sie rechnet — und zwar mit Unrecht — mit einem starken Anmarsch der revolutionären Kräfte. Dabei spekuliert die Volkspartei darauf, daß ein eventueller Erfolg ein paar Dreifachmännergewinne in den Landtag einbringen. Diese könnten dann das Übergewicht an der Waage bilden.

Inzwischen sind die Beratungen im bürgerlichen Lager fortgeschritten. Inzwischen haben aber auch die sogenannten 'Bürgerblöcke' erklärt, daß sie doch viel nationaler und treuer sind, als die Volkspartei. In der 'Reichshaus' gab Reich die Abgabe an die Internationale bekannt, er unterstütze die Wehrhaftigkeit der Republik. Sie erklärten also ihre Kooperationsfähigkeit. Der Erfolg ist nicht ausgeschlossen. Der Block von Weikhe bis Ehrhardt, von den 'Mittelständlern' bis zu den Völkischen wird hergestellt. Das Organ der Deutschen Volkspartei, die 'Tägliche Rundschau' veröffentlicht eine Zuschrift aus Sachsen, die von den dortigen bürgerlichen Parteien und den bürgerlichen Parteien der Provinzen. Danach ist eine Einigung zustande gekommen. Die 'Bürgerblöcke' haben ihre ursprüngliche Forderung an die bürgerlichen Parteien, nicht mit den Sozialisten in eine Regierung zu gehen, zurückgezogen. Verschiedene Gruppen der 'Bürgerblöcke', der Landwirtschaft, Hausbesitzer und des Handwerks haben erntet die Initiative ergriffen und die bürgerlichen Parteien aufgefordert, bei den Wahlen eine bürgerliche Einheitsliste aufzustellen. Da Demokraten und Zentrum noch zögerlich sind, würden die übrigen Parteien, falls man sich für die Einheitsliste über die Kandidaten einigt, zusammengehen.

Der 'Leitungsbüro' berichtet über die Verhandlungen des sächsischen Bürgerrates folgendes:  
Der sächsische Landesbürgerrat hatte am vorigen Sonntag in einer Besprechung nach Dresden eingeladen, um mit den in der Provinz erreichbaren Vertretern von Wirtschaftsorganisationen über die unbedingte Forderung über den Gedanken eines möglichen weit reichenden bürgerlichen Zusammenschlusses für die kommenden sächsischen Wahlen zu pläziern. In Abwesenheit des sächsischen Landesbürgerrates leitete Dr. Peter die Verhandlung. In längeren Ausführungen wiesen sie auf die Notwendigkeit der bürgerlichen Sammlung bei den

innerpolitischen Entscheidungen im Herbst hin. Die anwesenden Vertreter der Wirtschaftsbünde forderten einstimmig und entschieden diesen bürgerlichen Zusammenschluß. Von den anwesenden Parteien stimmten die Deutsche Volkspartei und die deutschnationale Volkspartei, sowie die Völkische Arbeitergemeinschaft dem Einheitsgedanken zustimmend zu; auch der Vertreter der Wirtschaftspartei erklärte seine volle Sympathie mit dem Vorhaben des Landesbürgerrates, ohne sich jedoch schon verbindlich zu binden. Die Vertreter des Zentrums und der Demokraten erklärten sich zu weiteren Verhandlungen bereit, bedingten sich jedoch die endgültige Stellungnahme vor.

Als Ergebnis der Verhandlungen ist der einzige Wille der gesamten sächsischen Wirtschaft und der großbürgerlichen Parteien zum bürgerlichen Zusammenschluß für die Herbstwahlen festzustellen. Weitere Verhandlungen mit dem Ziele, diesem Willen bald eine feste äußere Form zu geben und die Verhandlungen zu beschleunigen, sind in nächster Zukunft vorgesehen.

Die Demokraten und Zentrumswahlleute, die noch schwanken, werden über ihre Haltung noch ändern. Inzwischen werden die deutschnationalen und die Volkspartei eine Aktion über das gesamte Reich zu entfachen. In Dresden betreiben die deutschnationalen eine Agitation für einen neuen Bürgerblock. In den sächsischen Demokratien gefühlte sich noch der 'Langdeutsche Orden'. Dieser bestreitet, falls er in die politische Tätigkeit eintreten will, daß ihm keine Anhänger laien geben. Die Kontrolle der 'Langdeutschen' veröffentlicht eine Erklärung, in der sie von der politischen Betätigung jetzt abtritt. Dieses Verhalten hat natürlich eine andere Bedeutung. Der Großindustrielle wird die politische Einstellung der Völkischen und anderer bei ihrer Politik mit Franchise. So nimmt denn auch der 'Bürgerblock' Stellung für die 'Entpolitisierung' der Jugend.

Diese eingeleiteten Verhandlungen werden natürlich die Aktion der Arbeiterparteien in Sachsen nicht aufhalten. Die Bourgeoisie will ihre Positionen weiter festhalten. Sie wird dabei die volle Unterstützung der Rechtssozialdemokraten finden. Die Arbeiterparteien sind einer geschlossenen Front gegenüberstehen. Diese Sammlung des Bürgertums wird die Arbeiter antizipieren, alle Kräfte anzuwenden, um diese Pläne der Reaktion zu verhindern zu machen. Auf den gemeinsamen Willen des Bürgerblocks ist die Antwort der Arbeiter: Kein erst recht ein rotes Sachsen.

Die Arbeiter werden den Kampf um die Arbeitermehrheit aufnehmen. Die Reaktionäre haben sich erfüllt. Sie haben deutlich genug ihre Unfähigkeit zu den Völkischen demonstriert. Die sächsischen Arbeiter werden sie als solche bewerten. \*  
Nieder mit dem Bürgerblock! Keine Stimme für die Arbeiterparteien! Schöpfer Kampf für die Arbeitermehrheit. Wie eine starke kommunistische Vertretung.  
Nur so haben die Arbeiter eine Gewähr, daß auch das Parlament eine Teilhabe des Klassenkampfes sein wird. Die Arbeiter werden dafür sorgen.

## Die Sonntagspredigten beendigt

Das Himmelreich hat Klassenkampf.

Im weiteren Verlauf des Katholikentages von Breslau hielt Wilhelm Marx auf der Tagung des katholischen Volksvereins eine feindsinnige politische Rede. Zunächst teilte er mit, daß die Organisation von 500.000 Mitgliedern vor dem Kriege auf knapp 300.000 gesunken sei. Dann ging er zur politischen Lage über. Er forderte Rechts- und Linksparteien auf, sich an der Regierung zu beteiligen. Er könne nicht begreifen, daß die Rechtsparteien die Regierungsbeteiligung ständig kritisierten, ohne dabei bereit zu sein, selbst mit Hand anzulegen. Die Verfassung, die rechtsverbindlich zustande gekommen sei, müsse man vor jeder Vertragsunterzeichnung prüfen, möge man auch über ihren rechtlichen Inhalt denken wie man wolle. Nachdem Marx so den deutschen Katholikentag anredete, richtete er einige trübsinnige Mahnungen an die Sozialdemokraten: 'Es vertritt keinen Sinn für die Pflege des politischen Bewußtseins, wenn die einzelnen Berufsstände ausschließlich und eigenständig lediglich ihre eigenen Interessen vertreten und Berücksichtigung verlangen, ohne dabei zu fragen, ob die wirtschaftliche Lage des eben erst mühsam von schwerem Fall sich wieder aufrichtenden Staates solchen Anforderungen gerecht werden kann.'

Die einzig große Rede des Katholikentages, die als rein politische gemaßt werden soll, wird von den katholischen Arbeitern und insbesondere Arbeiterkreisen so verstanden werden: 'Ei Deine Gott, Gott.'

Der Verlagsdirektor Klotz-Breslau lobte die Katholiken auf, für Verzeihung der katholischen Presse zu sorgen. Die bürgerliche Presse gefährde damit die Stillschließung und Moral, daß der schärfste Kampf gegen sie geführt werden müsse. Der Redner charakterisierte die zu bekämpfende Presse folgendermaßen: 'Ich sah ein Tier heraussteigen aus dem Meer, mit heben Köpfen und zehn Hörnern und zehn Königskronen. Auf seinen Köpfen standen Namen der Sozialdemokratie. Nebenbei wurde auch die Generalanzeigerpresse entsprechend beurteilt.'

Graf Verchenfeld hielt darauf ein sehr langes Referat, das einige für Arbeiter bemerkenswerte Dinge enthielt. Die Grundzüge des Gesellschaftslebens sei das Eigentum, deshalb müsse man die Volkshilfe (mehrfachlich der Arbeiterklasse) bekämpfen. Nur so sei die Arbeit des Kommunismus aus der Welt zu schaffen. Aber nicht nur der Kommunismus, sondern auch der Liberalismus und der Sozialismus mit ihrer Heberhebung des Staatsgedankens seien zu verwerfen. Die Kirche müsse in Staat eine sehr entscheidende Rolle spielen. Man dürfe nicht mit ionischen Reden auf eine Stufe stellen. Eine grundsätzliche Trennung von Kirche und Staat sei zu vermeiden. Die Katholiken lehnten die Klassenkämpfe und die Solidarität von Verfallen ab. Die Gleichheit aller Menschen beruhe nicht auf gleicher Lebenshaltung und gleichen Rechten und Pflichten, sondern einzig und allein im gemeinsamen Ursprung aus der Schöpfung Gottes (!).

Graf Verchenfeld gab aber andererseits zu, daß die letzte Frage von den Katholiken lange Zeit vernachlässigt worden sei und man nur die Charitas habe anerkennen wollen. Dadurch sei eine falsche kapitalistische Entwicklung für die bürgerlichen Volksschichten erzeugt worden, die dem Kommunismus Wasser auf die Mühlen geführt habe. Die Katholiken müßten deshalb den Fehler wieder gutmachen, indem sie sich einer sozialen Gestaltung betätigten.

Auf die internationale Politik übergehend, erklärte er den Kampf unter den einzelnen Nationen für unvernünftig. Man müsse auf diesen Kampf auf die richtige Weise und mit dem richtigen Geiste austragen. Der Völkerverbund sei als eminent katholischer Gedanke betonen, auf diesem Gebiete führend zu sein.

In seiner Schlussansprache feierlierte der Präsident Dr. Hönig einen großen Teil der sehr interessanten Vorträge. Sowohl in Kultur- wie in politischen Fragen müßten die Katholiken im öffentlichen Leben mit den anderen Nationen zusammenarbeiten. Nach diesem, an die Adresse der Sozialdemokraten gerichteten persönlichen Wort gab es noch eine Reihe von Segenswünschen und anderen kirchlichen Zeremonien. So wurde die äußerlich sehr prächtige Veranstaltung geschlossen.

Aus Anlaß der jehathanerischen Reden auf dem Katholikentag teilte sich das Kölner sozialdemokratische Organ, die 'Rheinische Zeitung', einige für die Arbeiterklasse sehr wertvolle Bemerkungen, die als Mahnung an das Zentrum gedacht waren. Das Wort lautete:

«Eine Sozialdemokratie keine freie Betätigung für die katholischen Orden, ohne Sozialdemokratie kein Fall des 'Leitungsgeistes', ohne Sozialdemokratie keine Partei für die Katholiken in den Staatsämtern, nur dem von der Kirche bis zu dieser Stunde während angeführten Marxismus verdrängt dieselbe Kirche ihre große Bewegungsfreiheit in der Republik.»

Das SPD-Mitglied auf diese Weise das Zentrum in der Koalition mit der Sozialdemokratie zu halten. König ist Karl Marx Wort verstanden 'Religion ist Opium fürs Volk' und August Bebel's Forderung 'Christentum und Sozialismus stehen sich gegenüber wie Feuer und Wasser'.

Auch das werden sich die 'Katholiken' wachen Arbeiter merken.

Der Katholikentag ist zu Ende. Sein Ergebnis ist eindeutig. Die Reden, die gehalten wurden, richteten sich fast alles gegen die arbeitenden Massen. Als Graf Verchenfeld von der Höhe der Macht sprach, so meinte er nicht seinen Vorredner Thöniß, er meinte die Professoren und widerholte lediglich

## Korruption beim Landesfinanzamt Dresden

27.000 Mark unterschlagen.

Die Korruption der bürgerlichen Gesellschaft nimmt immer weiteren Umfang an. Während schon vor einiger Zeit in Heilbrunn und anderen Orten Unterschlagungen festgesetzt wurden, stehen wir heute vor größeren Unterschlagungen beim Landesfinanzamt in Dresden. Der in Dresden, Schnorrstr. 18 wohnende Obersteuereinspektor Robert Kunge und ein Student K. u. N. haben am Freitag vergangener Woche verurteilt worden. Jetzt wird mitgeteilt, daß diese Unterschlagungen beim Sachverhalte bekannt haben. Insgesamt ist jetzt eine Summe von 27.000 Mark als unterschlagen festgestellt worden. Auch von der Polizeikommission ist ein Beamter in die Missetat verwickelt sein. Soweit wie wir erfahren, gehören die Beamten nationalen Organisationen an. Der Umgang in diesen Organisationen scheint auch viele Beamten, wie die Köpfer und Reichner, zu größeren Unterschlagungen veranlaßt zu haben. Während Arbeiter und arbeitende Massen ausgepreßt werden, verprassen die Beamten die Güter. Ob die notwendige Kontrolle vorhanden war, kann man noch bezweifeln.

Weiter wird heute morgen noch mitgeteilt, daß auch in Kottbus bei der Kasse des Finanzamtes Unterschlagungen festgestellt seien.  
In Chemnitz hat sich der Parteisekretär der SPD Trommer erkrankt. Die bürgerliche Presse teilte sofort mit, daß auch dieser Unterschlagungen begangen und deswegen aus dem Leben geschieden sei. Die SPD-Presse demontiert diese Mitteilungen und erklärt, der Oberbürgermeister von Chemnitz habe eine Richtigmeldung angefragt.

## 125 Millionen für den Siemens-Konzern

Nach einer WTB-Nachricht verhandelt gegenwärtig der Siemens-Konzern in Kottbus über eine Anleihe von 125 Millionen Mark. Soweit bisher bekannt ist, wird diese Anleihe durch das Bankhaus 'Mittel-Roth u. Co.' finanziert werden, das auch schon durch bedeutende Anleihen an den Stahlkonzern Thyssen großen Einfluss auf dieses bedeutende Kapitalgebilde gewonnen hat.

## Die „Demokratisierung“ des Artikels 48

Man geht wohl nicht fehl in der Annahme, daß dies nun und so umfangreiche Kapitalaufnahme durch den zweitgrößten deutschen Elektrokonzern in einer Weise veranlaßt worden ist durch die Bestrebungen zur Bildung eines Elektrotrotts in Deutschland. Die Bestrebungen des Siemens-Konzerns mit dem WEG-Konzern ist nur eine Frage der Zeit. Ebenso wie vor der Bildung des Stahlkonzerns ein großes Zusammengehen großer Kräfte in Amerika stattfand, um bei den Zukunftsverhandlungen zu täufeln, so wird sich ein großer Konzern an den zu bilden der Stahlkonzern, so dürfte auch die Kapitalaufnahme des Siemens-Konzerns zurückzuführen sein auf das Bestreben, bei den kommenden Zukunftsverhandlungen mit der WEG möglichst vorteilhaft abzumachen.

Die Bestärkung der Kapitalmacht der Großkonzerne und die wachsende Vertiefung bedeutet auch zugleich eine wachsende Konzentration der Unternehmerräfte gegen die Arbeiterklasse. Es wird Zeit, daß die Gewerkschaften in ihrer Taktik und Politik die notwendigen Konsequenzen aus dieser Entwicklung ziehen.

## Die Leitung der Roten Armee

Moskau, 24. August. (Telegraphenagentur der Sowjetunion.) Das Mitglied des Revolutionären Kriegsrates und Kommandant der Sowjetarmee, Komrad Komrad, wurde seinem Posten entzogen und durch den früheren stellvertretenden Kommandeur der Luftstreitkräfte, Kuznetsov, ersetzt. Die Oberverwaltung der Roten Armee ist einer Umgestaltung unterworfen worden. Sie verliert nunmehr 1. als Oberunterstützung worden. Die Leitung der Militärschulen und die Inspektion der Armee, die Leitung des Amtes, die Leitung der Propaganda-Abteilung des Amtes, die Leitung der Redaktionen wurde durch Sergej Kamenev, Mitglied des Revolutionären Kriegsrates und Oberkommandeur der Roten Armee, vollstündigen Revolution und der bisherige Leiter zum Leiter der Oberverwaltung und der bisherige Leiter zum stellvertretenden Kommandeur ernannt.

SLUB  
Wir führen Wissen.